

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Sehr geehrte Bürgerinnen, sehr geehrte Parlamentarierinnen

Ich möchte im Namen von mehr demokratie! noch einigen Argumente bzw. Antworten auf Argumente in der letzten Sitzung einbringen.

1. Soziale Gerechtigkeit

- V.a. Vertreter der SPÖ (Josef Cap, Peter Wittmann) betonten die Wichtigkeit der sozialen Gerechtigkeit und ihre Verwirklichung im parlamentarischen Prozess. Das Parlament könne besser als die Bevölkerung in Volksabstimmungen auch die sozial Schwachen vertreten, so das Argument. Warum ist dann die SPÖ <http://oe1.orf.at/artikel/377174> , die AK und der ÖGB für Vermögenssteuern nach Schweizer Vorbild eingetreten? In der Schweiz ist jedes (Verfassungs)gesetz vom Volk auch so gewollt, weil jederzeit eine Initiative oder ein Vetoreferendum v.a. auch auf die Steuergesetzgebung Einfluss nehmen kann. Daher will der Schweizer Souverän offensichtlich relativ hohe Vermögenssteuern und niedrigere Steuern auf andere Bemessungsgrundlagen. Also in der Schweiz war die direkte Demokratie offensichtlich kein Hinderungsgrund für (höhere) Vermögenssteuern.
- In der Schweiz lehnen die großen Interessensvertretungen die direkte Demokratie nicht ab, sondern versuchen mit deren Mitteln ihre Interessen durchzusetzen. <http://www.sgb.ch/aktuell/> 3 mal Ja zu anstehenden Volksabstimmungen am 14. Juni. Konträr: http://www.economiesuisse.ch/de/Seiten/_default.aspx
- In Österreich wird auch in dieser Enquete permanent der „Fehler“ gemacht, dass mögliche unliebsame Entscheidungen als Gegenargument zur DD verwendet werden. Das spräche aber auch gegen den Parlamentarismus oder die Demokratie an sich. In jeder Form von Demokratie können Entscheidungen getroffen werden, die mir persönlich nicht genehm sind, wird deswegen Demokratie abgelehnt?

2. Kosmetik oder Demokratiereform

- Die vorliegenden Pläne von ÖVP, SPÖ und Grünen (gemeinsamer Antrag 2177 A) läuft auf nur kosmetische Verbesserungen der direkten Demokratie hinaus. Hier wurde von Vertretern der Regierungsparteien behauptet, dass die Bevölkerung nicht mehr wolle, nur die bestehenden Instrumente etwas verbessert werden soll. Aber speziell in der Frage der direkten Demokratie, bei der Wille des Souveräns in der Sache entscheiden können soll, ist es notwendig diesen Willen unmittelbar zu ermitteln. Deswegen unser Vorschlag eine wirklich repräsentative Meinungsumfrage zu jenen Details der direkten Demokratie durchführen, über die sich die Parteien bisher nicht einigen konnten.
 - o Höhe der U-Anzahl
 - o Verbindlichkeit (Befragung oder Volksabstimmung)
 - o Initiativrecht oder/und Vetoreferendum

- Wer formuliert die Abstimmungsfrage
- Wer soll Volkabstimmungen initiieren können, Parlament, Regierung oder Bevölkerung?
- Gibt es Themen die nur der Politik, nur dem Volk vorbehalten sind oder können beide über alles abstimmen, was auch der andere abstimmen kann?
- Brauchte es Beteiligungsquoten, wenn ja, wie hoch und dann auch für Wahlen oder doch nur für DD?
- Was sagen die Wähler der Parteien und die Mitglieder der Interessensvertretungen zu den obigen Fragen?

Ich hoffe, dass der Wunsch nach einer repräsentativen Regelung und Reform der DD in Österreich möglichst 1:1 in einem neuen (Verfassungs)gesetz abgebildet wird. Der Wille der Bevölkerung sollte hier entscheidend sein.

Mit freundlichen Grüßen

Erwin Mayer

Mehr demokratie!